

**Antrag 57/II/2022 KDV Mitte
Bildung für dich, für uns, für alle!**

Beschluss: Beschluss des Parteitags

Antrag 57/II/2022 Gute Bildung für dich, für uns, für alle hier Lebenden und Ankommenden!

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und die SPD-Fraktion werden aufgefordert, sich im Sinne eines besseren Ankommens von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie des Lehrpersonals für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Ausbau der Schulplatz- und Unterrichtskapazitäten für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Unsere Priorität bei der Beschulung von neu ankommenden Kindern und Jugendlichen bleibt die Beschulung in Regelklassen bei Jüngeren bzw. in Sprachlernklassen/Willkommensklassen bei älteren Kindern und Jugendlichen. Diese Priorität gerät jedoch aktuell aufgrund der eher knappen Schulplatzsituation unter Druck .

Eine gesamtstädtische Strategie für Hilfen für in Not geratene Bezirke ist zu etablieren. Insbesondere müssen die durch die Geflüchteten entstehenden Schulplatzbedarfe zunächst einmal durch die betroffenen Senatsfachverwaltungen anerkannt werden. Sodann müssen schnell und unbürokratisch die erforderlichen finanziellen Mittel für temporäre Schulbauten zur Verfügung gestellt werden. Zur Deckung kurzfristiger Bedarfe, soll es den Bezirken ermöglicht werden, diese sowohl über die Anmietung als auch über den Kauf von modularen Ergänzungsbauten sowie notfalls Schulcontainern zu decken. Es soll geprüft werden, wie hinsichtlich der Errichtung temporärer Schulbauten (Pavillonprojekt, DFK) bereits anlaufende Formate überbezirklicher Dienstleistung bzw. Unterstützung ausgebaut werden können. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats sollen sich dafür einsetzen, dass diesem Vorhaben die erforderliche Unterstützung hinsichtlich zusätzlicher Stellen, unbürokratischer Verwaltungsabläufe sowie ggf. erforderlicher gesetzgeberischer Akte gewährt wird bis hin zur Erstellung von Rahmenverträgen.

Sollte auch durch die intensivere Förderung der bestehende Strukturen, der Mangel an den bestehenden modularen Ergänzungsbauten oder Schulcontainer nicht behoben werden können, sollte geprüft werden, ob diese notfalls durch staatliche Unternehmen selbst produziert werden können.

Sind weitere Kapazitäten über die Flächen der Regelschulen hinaus notwendig, sollen Mittel schnellstmöglich freigegeben werden, um bezirkseigener Bildungseinrichtungen zu nutzen. Gute Erfahrungen aus Bezirken wie Mitte mit Anbindung an Musik-, VHS-, sowie Jugendeinrichtungen sind dabei bildungsfernen Einrichtungen vorzuziehen.

Hinzu sollen zweckgebundene Gelder für die Bezirke freigegeben werden, um im äußersten Falle und in besonderen Notsituation auch Büroflächen, Vereinsräume und - bei Sicherung sakularer Nutzung - Flächen anerkannter Glaubensgemeinschaften deutlich über dem eigenen Schulbedarf anzumieten. Die Zuordnung zu einer Regelschule sowie die Verzahnung mit dem Unterricht der Regelklassen muss auch bei dieser Lösung erhalten bleiben, wenn sie auch am schwersten zu bewerkstelligen ist.

DaZ-/DaF-Lehrkräfte sollen weiterhin den Unterricht in besonderer Weise unterstützen und bleiben die Profession der Wahl bei der Eingliederung.

2. Bereitstellung von herkunftssprachlichen analogen und digitalen Ressourcen für den Unterricht

Die kürzlich etablierten Begegnungsklassen in Friedrichshain-Kreuzberg sowie die dualen Angebote in Mitte sind ein Vorbild für behutsames Ankommen der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. In beiden Fällen werden Lehrkräfte aus den Herkunftsländern und Berliner Pädagog*innen gemeinsam eingesetzt, um eine bestmögliche Begleitung der Jugendlichen sicherzustellen. Diese gilt es schrittweise auch in anderen Bezirken auszubauen und den Austausch der Bezirke zu stärken.

Dafür sind personelle Ressourcen bereitzustellen, die die Bereitstellung der Materialien in am stärksten vertretenen Herkunftssprachen unter den Ankommenden Schritt für Schritt ausbauen. Daneben sollen alle Informationen an die Eltern auch Übersetzungen in der Herkunftssprache beinhalten.

Aber nicht nur analoge, sondern auch digitale Angebote der Herkunftsländer gilt es zu stärken und mit den Angeboten des Landes Berlin zu verzahnen und in den Unterricht einzubinden. Die technischen Rahmenbedingungen sollten hierfür geschaffen werden und entsprechende Mittel sind freizugeben.

3. Eingliederung der Lehrkräfte aus dem EU- und Nicht-EU-Ausland erleichtern

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich innerhalb der KMK dafür einzusetzen, dass alle Voraussetzungen zur Anerkennung eines Studiums mit Lehramtsbezug oder eines Lehrkräfteabschlusses innerhalb der EU reduziert bzw. gestrichen werden. Insbesondere betrifft dies die sogenannte Zwei-Fach-Regelung, die die Eingliederung und Anerkennung besonders erschwert.

Das C2 Niveau soll auf ein C1 Niveau reduziert werden. Sollte das C1 Niveau nicht nachgewiesen werden können, sollten geförderte staatliche Angebote etabliert werden.

Als gutes Vorbild innerhalb der KMK soll im ersten Schritt die hohen Kosten des Anerkennungsverfahrens vom Land Berlin übernommen werden. Alle nicht EU- Absolvent*innen oder Lehrkräfte sollten zudem auch vor einem KMK Beschluss ebenfalls keinerlei Gebühren zur Anerkennung entrichten müssen. Zudem sind jegliche Verfahren auch hier zu vereinfachen und etwaige pädagogische Lücken durch gezielte staatliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte aus dem nicht EU-Ausland zu schließen.

Zudem fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordnetenhauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf, eine landesweite, mehrsprachige Kampagne zu entwickeln, um Studierende sehr guten Kenntnisse der häufigsten Herkunftssprachen für die Betreuung von neu angekommenen Kindern und Jugendlichen im Ganztage oder im Unterricht zu gewinnen. Es ist darauf zu achten, dass die Kampagnen in verschiedenen Sprachen gestaltet werden.

Des Weiteren fordern wir, dass in Berlin nach dem Vorbild von "Interteach" oder "Lehrkräfteplus" Angebote finanziert und geschaffen werden, die die Eingliederung der ausländischen Lehrkräfte ermöglichen, bevor die KMK-Reform erfolgt ist.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat